



# AKTIVISTIN

## FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO, DEZEMBER 2012



ÄGYPTEN  
FRAUEN  
ZAHLEN EINEN  
HOHEN PREIS  
FÜR IHREN MUT

SEITE 8

**6**

**KOLUMBIEN**  
SEXUELLE GEWALT AN FRAUEN  
DARF NICHT UNGESÜHNT  
BLEIBEN

**10**

**DR KONGO**  
UN-TRUPPEN MÜSSEN FRAUEN  
UND MÄDCHEN VOR GEWALT  
SCHÜTZEN

**12**

**IRAN**  
HUNGERSTREIK WEGEN  
UNMENSCHLICHER  
HAFTBEDINGUNGEN

NETZWERK FRAUENRECHTE



**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



**FÜR EIN LEBEN IN  
WÜRDE, FREIHEIT  
UND SICHERHEIT**



<http://frauenrechte.amnesty.at>  
frauenrechte@amnesty.at

Facebook:  
ai-netzwerk frauenrechte

**SPENDENKONTO:**  
PSK, Bankleitzahl: 60.000  
Konto: 1.030.000  
Verwendungszweck:  
NETZWERK FRAUENRECHTE

**LIEBE UNTERSTÜTZER\_INNEN DES NETZWERKS FRAUENRECHTE!**

Nichts Neues unter der Sonne, werden langjährige Leser\_innen der AKTIVISTIN und Unterstützer\_innen unserer Aktionen nach der Lektüre dieser Ausgabe wahrscheinlich befinden. Tatsächlich sind die Appelle in diesem Heft alles andere als neu. Zu sexueller Gewalt an Frauen und Mädchen in Kolumbien und der Demokratischen Republik Kongo arbeitet Amnesty zum wiederholten Male. Auch die Attacken auf demonstrierende Frauen in Ägypten wurden schon mehrmals aufgegriffen. Viele von Ihnen haben bereits und vielleicht öfter Briefe für die Freilassung der iranischen Anwältin Nasrin Sotoudeh geschickt.

Es ist nicht so, dass uns keine neuen Menschenrechtsverletzungen an Frauen unterkommen oder Amnesty nicht auch andere recherchiert. Aber ein Prinzip der Organisation und natürlich auch unserer Gruppe ist es, nicht locker zu lassen.

Ein Bericht wird veröffentlicht, Lobbying-, Informations- und Briefakaktionen starten. Fast immer gibt es auf solche Kampagnen Reaktionen seitens der angesprochenen Regierungen. Zumindest artikulier-

ren sie häufig die Absicht, das Problem lösen zu wollen. Darauf beobachtet Amnesty eine Weile, ob den Worten auch Taten folgen - Gesetzesänderungen, die Strafverfolgung von Tätern, Schutzmaßnahmen,...

Fast immer sind diese Schritte zur Umsetzung von Frauenrechten unzureichend und Amnesty bringt die nächste Welle an Appell- und Lobbyingaktivitäten in Bewegung. Schließlich wollen wir ja nicht nur Kritik anbringen, sondern echte und anhaltende Verbesserungen im Leben der Menschen bewirken. Mit dem kontinuierlichen Insistieren auf Umsetzung menschenrechtlicher Forderungen wird auch die Arbeit von Aktivist\_innen im Land gefördert. Dauerhafte internationale Solidarität unterstützt und schützt jene, die sich im eigenen Land für Gerechtigkeit einsetzen.

Für Menschenrechtsarbeit braucht es einen langen Atem, Geduld und leider auch eine hohe Frustrationstoleranz. Aber wir sind zutiefst überzeugt, dass wir schließlich den Menschen/Frauenrechten und der Gerechtigkeit zum Sieg verhelfen.

*Ihr Amnesty-Netzwerk Frauenrechte*

**IN AKTION**



**POETRY SLAM GEGEN GEWALT AN FRAUEN.** Am 5. Dezember fand im LOOP (1080 Wien, Lerchenfelder Gürtel) ein Poetry Slam, moderiert von Mieke Medusa und Clara Felis, für ein gewaltfreies Leben statt. Acht TeilnehmerInnen trugen vor übervollem Lokal anspruchsvolle und auch witzige Texte zum Thema vor. Besonders berührend der Beitrag von Shiva Badihi (Mitglied des NW Frauenrechte, links im Foto) und Manijeh Shokouh, beide Führungsmitglieder der „Gesellschaft Unabhängiger Iranischer Frauen“, die die vielen Verbote für Frauen im Iran auf Persisch und Deutsch darlegten.

Der Poetry Slam wurde von „Klappe auf“, einer informellen Plattform von NGOs (Amnesty International - Netzwerk Frauenrechte und Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte, Frauensolidarität, Katholische Frauenbewegung Österreichs, LEFÖ/ Beratung, Bil-

dung und Begleitung für Migrantinnen, Miteinander Lernen - Birlikte Ögrenelim, Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser sowie WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven) anlässlich der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen organisiert.

**POESIE AUS ORIENT UND OKZIDENT.** Bei einem bilingualen Lyrikabend des iranischen Kulturvereins KUUL am 23. November in der Wiener Hauptbücherei war das Netzwerk Frauenrechte eingeladen, über Menschenrechtsverletzungen an Frauen zu sprechen. Inge Stecher-Schubert erläuterte anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen die Zusammenhänge zwischen ungleichen Machtstrukturen und geschlechtsspezifischer Gewalt.



## ÖSTERREICH

## KINDER GEHÖREN NICHT IN EIN GROSSLAGER

**Initiative „Gegen Unrecht-Kinder gehören nicht ins Gefängnis!“ fordert verantwortlichen Umgang mit Kinderflüchtlingen.**

„Kinder gehören nicht ins Gefängnis. Kinder gehören aber genauso wenig in ein Großlager“, zeigte sich die Initiative „Gegen Unrecht-Kinder gehören nicht ins Gefängnis!“ von Amnesty International Österreich, Caritas, Diakonie und SOS-Kinderdorf schockiert über die aktuellen Bilder und Berichte aus der Flüchtlings-Erstaufnahmestelle in Traiskirchen. Derzeit befinden sich dort rund 600 Kinder und Jugendliche. Darunter sind einige unter 14 Jahren, die alleine nach Österreich gekommen sind. Sie sind ohne ihre Eltern geflüchtet, die ihnen Schutz und Orientierung geben könnten. Und sie haben in Traiskirchen keinen geregelten Tagesablauf, keine adäquate Betreuung, keine Möglichkeit, Deutsch zu lernen oder zur Schule zu gehen.

Anlässlich des Asylgipfels am 23. Oktober fordert die Initiative „Gegen Unrecht“ einen verantwortlichen Umgang mit Kinderflüchtlingen. „Hier werden Menschenrechte mit Füßen getreten“, kritisiert Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International Österreich.

„Österreich muss sich seiner Verantwortung für die minderjährigen Flüchtlinge in Traiskirchenstellen. Weil sieben von neun Bundesländern ihre Quote nicht erfüllen, sitzen Kinder und Jugendliche in Traiskirchen in nicht geeigneten Quartieren fest. Es ist ein menschenrechtlicher Skandal, dass mit den Allerschwächsten ein Ping-Pong-Spiel geführt wird“, so Patzelt.

**KINDER ZWEITER KLASSE.** „Flüchtlingskinder dürfen nicht länger als Kinder zweiter Klasse behandelt werden! Die verantwortlichen Politiker\_innen von Bund und Ländern müssen einfach umsetzen, was Sie vor Jahren versprochen und vereinbart haben! Ich wünsche mir, dass vom Neusiedlersee bis hinter den Arlberg endlich die Flüchtlings-Quotenregelung ausnahmslos und von allen eingehalten wird!“, forderte Caritasdirektor Michael Landau.

„Es war ein steiniger Weg, die Kinderrechtskonvention in der Verfassung zu verankern. Dass aber scheinbar nicht daran gedacht wird, sie auch umzusetzen ist erschütternd“, kritisierte



Michael Chalupka, Direktor der Diakonie. Die aktuelle Situation widerspreche ganz klar der Kinderrechtskonvention, die nicht nach Nationalität oder Aufenthaltsstatus unterscheidet. „Wir verstehen nicht, warum die Politik in Österreich Unterschiede zwischen Kindern verschiedener Herkunft macht. Für uns sind Kinder Kinder, und sie müssen geschützt und versorgt werden“, so Chalupka.

„Während meiner langen Tätigkeit für SOS-Kinderdorf, habe ich viele Schicksale von Kindern miterlebt. In all den Jahren ist mir noch nie ein halbes Kind untergekommen. Es darf nicht vom Pass abhängen, wie viel Unterstützung Kinder erhalten. Braucht ein zehnjähriges Kind aus Afghanistan nur halb so viel zu essen? Nur halb so viel Kleidung? Nur halb so viel Begleitung und Betreuung? Nur halb so viel Schulbildung wie ein Zehnjähriger aus Österreich? Denn unbegleiteten Kindern werden fast ausnahmslos in ganz Österreich nur die halben finanziellen Mittel und Ressourcen zuerkannt wie einem österreichischen Kind, das zum Beispiel in einer Kinderwohngruppe im SOS-Kinderdorf lebt. Es gibt kein halbes Kindeswohl!“, so Christian Moser, Geschäftsführer von SOS-Kinderdorf Österreich. Beim Asylgipfel sicherten die Bundesländer die Aufnahme von Asylsuchenden zu. Bis Ende November hatten jedoch noch nicht alle die Quoten erfüllt.

AKTION VOR DEM BUNDESKANZLERAMT: „VERLASSENE“ SCHULTASCHEN SYMBOLISIEREN SCHULPFLICHTIGE KINDER, DENEN AUFGRUND DER UNTERBRINGUNG IN TRAIKIRCHEN DAS RECHT AUF SCHULBILDUNG VERWEHRT WIRD.

Foto & Cover:

© Amnesty International

Nicht gekennzeichnete Bilder:

AI oder privat

## INTERNATIONAL

# VOM FRIEDEN IM HEIM ZUM FRIEDEN IN DER WELT - GEGEN MILITARISMUS UND GEWALT GEGEN FRAUEN

**Militarisierte Gesellschaften schaffen eine Kultur der Angst, die Gewalt und Aggression fördert. Auch nach dem offiziellen Ende von bewaffneten Konflikten bleiben Frauen und Mädchen sexueller Gewalt ausgesetzt.**

1981 proklamierten die Vereinten Nationen den 25. November zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. 21 Jahre zuvor wurden in der Dominikanischen Republik die Widerstandskämpferinnen, Patria, Minerva und Maria Mirabal von den Schergen des militärischen Geheimdienstes festgenommen, gefoltert und ermordet. Sie wurden zum Symbol des Widerstandes gegen jegliche Form der gegen Frauen gerichteten Akte der Gewalt, gleichviel

schlechterungleichheit wie auch das Versagen von Staaten und Gesellschaften, Frauenrechte anzuerkennen.

Gegen Frauen und Mädchen gerichtete Akte der Gewalt können häusliche Gewalt, sexuellen Missbrauch, Vergewaltigungen, sexuelle Nötigung, Frauenhandel, schädigende Praktiken und vieles andere mehr umfassen. Obwohl die gegen das Geschlecht gerichtete Gewalt in Kriegs- und Konfliktsituationen auch auf Kna-

EIN KÄMPFER DER FDLR  
(DEMOCRATIC FORCE FOR THE  
LIBERATION OF RWANDA) MIT  
RAKETENWERFER IN DER KON-  
GOLESISCHEN KRISENREGION  
NORD KIVU

© Blattman



ob es sich um körperliche, sexuelle, physische, ökonomische oder strukturelle Gewalt handelt. In diesem Jahr hatte Amnesty International gemeinsam mit Women's Global spezielle Formen der an Frauen und Mädchen begangenen Gewalt herausgehoben und sie im Lichte der Geschlechtergerechtigkeit, der Frauenrechte und des Militarismus angeprangert. Gender based violence (Gewalt auf Grund des Geschlechts) richtet sich gegen Frauen, weil sie Frauen sind oder betrifft Frauen und Mädchen besonders. Ursache ist die herrschende Ge-

ben und Männer abzielt, sind und waren ihr jedoch zu allen Zeiten Frauen und Mädchen besonders ausgesetzt.

Gesellschaften, in denen militärische Wertvorstellungen, Institutionen und militärische Verhaltensmuster dominierenden Einfluss ausüben, erschaffen eine Kultur der Angst, die Gewalt fördert und unterstützt und zu ihren Zwecken benutzt. Eine militarisierte Gesellschaft zementiert und privilegiert bestimmte Formen der Männlichkeit und hat somit ernsthafte Konsequenzen für die Sicherheit der Frauen, die

Gleichheit der Geschlechter, wie auf für jene Frauen und Männer, die den gesellschaftlich vorgegebenen Rollenbildern nicht entsprechen.

Kriege, innenpolitische Konflikte, gewaltsame Unterdrückung von Bewegungen, die sich für soziale Gerechtigkeit oder Geschlechtergleichheit einsetzen, können enorme Auswirkungen auf Frauen haben. Selbst wenn bewaffnete Konflikte formell beendet wurden, hat sich doch die Kultur der Gewalt so tief festgesetzt, dass Frauen und Mädchen auch danach fortgesetzter staatlicher und privater Gewalt ausgesetzt sind.

Vergewaltigungen, sowie alle möglichen Formen der sexuellen Gewalt, werden regelmäßig und gezielt als Kriegstaktik eingesetzt, einerseits um ein Klima allgegenwärtiger Angst zu erzeugen, andererseits um Frauen und ganze Gemeinschaften zu bestrafen. Für die Sicherheit der Frauen ist sexuelle Gewalt eine der hauptsächlichen Barrieren, die in Konflikt- und Postkonfliktsituationen, in denen sich geschlechterspezifische und politische Hierarchien verfestigt und verstärkt haben, zu überwinden sind.

**GEWALT OHNE FURCHT VOR STRAFE.** Militärisch ausgeübte Gewalt an der Zivilbevölkerung ist an den Schauplätzen nicht anerkannter Konflikte weit verbreitet. Männer in Führungspositionen begehen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Glauben, keine Bestrafung befürchten zu müssen. Wenn Frauen Vergewaltigungen, begangen von Soldaten der Friedenstruppen in oder außerhalb ihrer Camps, melden wollen, werden sie bedroht und eingeschüchtert.

Angesichts dieser Gräueltaten müssen Staaten aktiv Maßnahmen setzen, um sexuelle und auf dem Geschlecht gründende Gewalt zu verhindern. Alle Staaten müssen um derartigen Verbrechen entgegenzuwirken, ungeachtet dessen ob es sich bei den Tätern um staatliche oder private Akteure handelt, die Verbrechen im häuslichen Umfeld oder in der Haft oder



wo auch immer begangen haben, effiziente Maßnahmen im Rahmen des internationalen Rechts ergreifen, um den Überlebenden und Opfern zu helfen, ihr Leben wieder aufzubauen.

Zu den konkreten Maßnahmen zählen u.a.

- Wiedergutmachungszahlungen
- das Recht an den früheren Wohnort zurückkehren zu können
- der Wiedererhalt des Arbeitsplatzes
- die Rückgabe von Eigentum
- finanzielle Abgeltung für ökonomische Schäden, ebenso wie für physischen und psychischen Schaden
- die Übernahme der Kosten für medizinische, psychologische und soziale Hilfsdienste und die Rehabilitation
- die Aufklärung der begangenen Verbrechen
- die Suche nach dem Verbleib verschwundener Personen und nach den Leichen der Ermordeten
- eine öffentliche Entschuldigung und Achtungsbezeugung für die Opfer
- Maßnahmen, die sicherstellen, dass die Opfer nicht von weiteren Verbrechen betroffen werden
- Die Stärkung einer unabhängigen Rechtsprechung.

Zur Förderung des Friedens und der Sicherheit, basierend auf der Sicherheitsresolution 1325, fordert Amnesty International die politische Teilnahme von Frauen an Entscheidungsprozessen auf sämtlichen Ebenen und zu den gleichen Bedingungen, die die Männer haben.

Geschlechtergleichheit und Frauenrechte müssen globale Priorität erhalten. Sie müssen überall geachtet, geschützt, umgesetzt und gefördert werden.

EINE UNHCR MITARBEITERIN SPRICHT MIT FLÜCHTLINGSFRAUEN IM LAGER LUSHEBERE, DEM. REPUBLIK KONGO

© UNHCR / S. Schulman

## IHNEN LIEGEN DIE MENSCHENRECHTE AM HERZEN?

Haben sie schon überlegt, in einer Amnesty-Gruppe mitzuarbeiten?

Nähere Informationen:

<http://www.amnesty.at/>

[gruppenfinder/](http://gruppenfinder/)

<http://regionwien.amnesty.at/>

## INTERESSENTINNEN-TREFFEN

für den Raum Wien:  
jeden 1. Dienstag im Monat  
18:00 Uhr, Moeringgasse 12  
1150 Wien

## MITARBEIT IM NETZWERK FRAUENRECHTE

Wenn Sie ein E-Mail an [frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at) schicken, laden wir Sie gerne zu unseren Treffen ein.

## KOLUMBIEN

## „DAS IST ES, WAS WIR FORDERN: GERECHTIGKEIT“

## Keine Straflosigkeit für sexuelle Gewalt an Frauen im bewaffneten Konflikt Kolumbiens

**HELFFEN SIE MIT!**  
SCHREIBEN SIE AN DEN  
KOLUMBIANISCHEN PRÄSIDENTEN  
UND VERLANGEN SIE SCHUTZ,  
SICHERHEIT UND GERECHTIGKEIT  
FÜR DIE OPFER SEXUELLER  
GEWALT.

Frauen und Mädchen sind Opfer verbreiteter und systematischer sexueller Gewalt, die von allen Konfliktparteien in dem langanhaltenden kolumbianischen, bewaffneten Konflikt begangen wird – seien es Paramilitärs, Angehörige der Sicherheitskräfte oder Kämpfende der Guerillas. Die Mädchen und Frauen wurden sexuell missbraucht oder als Sexsklavinnen ausgebeutet. Ein weiteres Motiv sind Racheakte. Frauen werden auch als Vergeltung für ihre Arbeit als Menschenrechtsverteidigerinnen oder in ihrer Funktion als lokale und soziale Führungspersonlichkeiten angegriffen. Im Laufe der letzten Jahre waren Frauen, die

Gerechtigkeit eine offene Wunde bleibt. Diese verstärkt ihr ohnehin schon großes Leid und setzt sie zudem weiteren Übergriffen aus – einschließlich Drohungen, Einschüchterungen und weiteren Gewalttaten.

Vergewaltigung und sexuelle Gewalt ist nicht die einzige Form geschlechtsspezifischer Gewalt in Konfliktsituationen. Sexuelle Gewalt fällt aber aus einem entscheidenden Grund in eine spezielle Kategorie: sie bleibt meist ein Verbrechen im Verborgenen.

**VERBRECHEN IM VERBORGENEN.** Vergewaltigung hat überall auf der Welt, besonders aber in Konfliktsituationen, eine hohe Dunkelziffer. Gründe, warum eine Vergewaltigung oder andere Formen von Gewalt nicht angezeigt werden, sind u.a. Scham und Stigmatisierung der Frauen, die mit diesem Verbrechen in Verbindung gebracht werden. Angst vor weiterer Gewalt, generelle Sicherheitsprobleme und mangelndes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden sowie das Justizsystem verhindern, dass Anklage erhoben wird.

Insbesondere indigene Frauen und Mädchen werden mehrfach diskriminiert. Aus Furcht um ihre eigene Sicherheit zeigen sie selten Verbrechen sexueller Gewalt bei den Behörden an, da die Reaktion auf eine solch öffentlich gemachte Beschuldigung sich oftmals auf die ganze Gemeinschaft auswirkt.

**DRUCK DER GEMEINSCHAFT.** Daher übt die eigene Gemeinschaft starken Druck auf die Frauen aus, die Misshandlung nicht zu melden, dagegen kommt ein Mord eher zur Anzeige. Indigene Frauen, die Hilfe suchen oder sexuelle Gewaltverbrechen melden, sind weiteren Schwierigkeiten ausgesetzt: z.B. das Fehlen von ÜbersetzerInnen sowie Unverständnis für ihre Kultur. Sie leben in entlegenen Orten und haben kaum Möglichkeiten, offizielle Hilfe zu bekommen.

Durch die bestehenden sozialen Normen, die Frauen und Mädchen und nicht die Täter für das Geschehene verantwortlich machen, akzeptieren die Überlebenden und ihre Familien die Taten und schweigen dazu. Die tief verwur-



GEDENKEN AN YENNY PATRICIA, MÓNICA LILIANA, NELSY MILENA AND MARÍA NELY GALÁRRAGA MENESES. DIE VIER GALÁRRAGA-SCHWESTERN WAREN 2001 VON PARAMILITÄRS VERSCHLEPPT, VERGEWALTIGT, VERSTÜMMELT UND ERMORDET WORDEN.

© Fundación Nydia Erika Bautista  
para los Derechos Humanos

als Menschenrechtsverteidigerinnen oder lokale Führungspersonlichkeiten mit vertriebenen Gemeinden arbeiteten oder für die Rückgabe gestohlenen Grundbesitzes kämpften, das Ziel von Drohungen und Tötungen, meist durch Paramilitärs. Manche dieser Frauen wurden darüber hinaus Opfer sexueller Gewalt. In dem 45 Jahre alten Konflikt sind bisher nur sehr wenige Täter aufgrund sexueller Gewalt zur Rechenschaft gezogen worden. Viele der Mädchen, Frauen und Familien, die mit Amnesty International gesprochen haben, beschrieben, wie durch diese Verweigerung von

zelle geschlechtsbezogene Diskriminierung ist eine der Ursachen, warum der Staat dabei versagt, Frauen vor Angriffen zu schützen und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. So werden zum Teil die sexuellen Übergriffe auf Mädchen und Frauen nicht als Verbrechen gewertet, sondern als normaler Bestandteil des Lebens.

Wie so viele andere Staaten überall auf der Welt, hat auch Kolumbien noch einen weiten Weg vor sich, um seine Verpflichtung gemäß internationalen Menschenrechtsnormen zu erfüllen und die sozialen Wertvorstellungen zu reformieren.

In den letzten Jahren ist das Bewusstsein für das Ausmaß und die Schwere der Gewalt gegen Frauen im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten langsam gestiegen.

2008 trifft das kolumbianische Verfassungsgericht eine wegweisende Entscheidung für vertriebene Frauen, den „Auto 092“. Sie bezieht sich unter anderem auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten und hat viele Frauen ermutigt, für ihre Rechte einzutreten. Aber in der Praxis gibt es nur geringe konkrete Verbesserungen für die Opfer sexueller Gewalt bei ihrer Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

**ABSICHTSERKLÄRUNG, ABER WENIG ÄNDERUNG.** Seit der Amtseinführung von Präsident Juan Manuel Santos Calderón im August 2010 hat es Veränderungen in der Einstellung der kolumbianischen Regierung gegenüber den Menschenrechten gegeben. Die neue Regierung hat sich dazu verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit konstruktiver anzugehen. Die meisten Frauen haben aber bis jetzt nur wenig Veränderung erlebt. Frauen und Mädchen spielen eine entscheidende Rolle bei der Lösung der weiterhin bestehenden Krise. Wenn die Regierung Straflosigkeit effektiv bekämpfen will, muss sie wirksame Schutzmaßnahmen für jene etablieren, die an vorderster Front für Gerechtigkeit kämpfen wie die MenschenrechtsverteidigerInnen, RechtsanwältIn-

**„Es ist egal, ob wir vorsichtig sind, oder wie wir uns anziehen, sie nehmen uns einfach, weil wir Frauen sind... Sie vermitteln mir das Gefühl, dass sie die Macht haben, alles zu tun, was sie wollten, und zwar mit jedem, den sie wollten.“**

Mari (Name geändert), Gemeindefreiwortlerin und Überlebende sexueller Gewalt, Februar 2011

nen, RichterInnen, StaatsanwältInnen, Zeuginnen und Opfer. Sie muss sich mit den Gründen für die geringe Zahl von Anzeigen und den rechtlichen Mechanismen auseinandersetzen, die solange die Täter geschützt haben - wie zum Beispiel die Militärjustiz und das Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden. (Dieses

„Ley de Justicia y Paz“ sieht alternative Strafverfolgung zur Wiedereingliederung der Paramilitärs vor.) Sie muss sich mit der Gleichstellung der Frauen und deren Empowerment und der umfassenden diskriminierenden Stereotypisierung von Opfern durch die staatliche Bürokratie und Gesellschaft befassen. Und sie muss garantieren, dass Betreuungs- und Rehabilitierungsleistungen frei verfügbar und zugänglich sind.

#### AMNESTY FORDERT DIE REGIERUNG KOLUMBIENS AUF:

1. geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen vollständig und unparteiisch zu untersuchen und die Verantwortlichen zu bestrafen und gegen diskriminierende Vorurteile gegenüber den Opfern sexueller Gewalt und deren Stigmatisierung vorzugehen
2. Maßnahmen zu ergreifen, die die Zivilbevölkerung schützen, insbesondere MenschenrechtsverteidigerInnen und Überlebende sexueller Gewalt
3. sicherzustellen, dass Überlebende sexueller Gewalt Zugang zu angemessener psychologischer und medizinischer Betreuung erhalten.
4. sicherzustellen, dass sexuelle Gewalt als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt wird, um so auch die Straflosigkeit von Vorgesetzten der Täter zu beenden
5. die Zuständigkeit der Militärjustiz einzugrenzen. Das Völkerrecht legt fest, dass gegen die Mitglieder der Sicherheitskräfte, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, immer ermittelt werden muss und sie von zivilen Gerichten strafrechtlich verfolgt werden müssen, wenn es glaubwürdige Beweise gibt
6. die vollständige Umsetzung der Menschenrechtsempfehlungen der UN gegen Straflosigkeit sicherzustellen, paramilitärische Gruppen aufzulösen und die Verbindungen der Gruppen zu den staatlichen Sicherheitskräften zu zerschlagen
7. die Gleichstellung der Frauen und Empowerment zu fördern: Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden geschlechtsspezifischen Strategie

## ÄGYPTEN

## FRAUEN ZAHLEN EINEN HOHEN PREIS FÜR IHREN MUT

Seit dem Fall von Husni Mubarak haben sich immer wieder Ägypter\_innen auf dem Tahrir-Platz versammelt, unter ihnen viele Frauen. Auch bei den jüngsten Kundgebungen rund um die Verfassung waren Frauen sichtbar präsent. Sie riskieren besonders viel.

Als Mubarak im Februar 2011 gestürzt wurde, hofften viele Frauen auf ein neues Ägypten, ohne Diskriminierung und mit einer gleichberechtigten politischen Teilhabe. Doch die neuen – fast ausschließlich männlichen – Machthaber erfüllten diese Hoffnungen bislang nicht.



Während der 16 Monate der Übergangsregierung hat der Oberste Rat der Streitkräfte das Versprechen, die Menschenrechte zu schützen, gebrochen. Statt dessen stießen friedlich Demonstrierende auf eine Welle von Gewalt und Repression.

Seit der „Revolution des 25. Januar“ im vergangenen Jahr haben die Armee und die Polizei Ägyptens mehr als hundert Demonstrant\_innen getötet. Hunderte weitere Menschen wurden dauerhaft verletzt, einige sind erblindet. Militär- und Polizeikräfte inhaftierten und folterten Protestierende. Viele Frauen wurden Opfer sexueller Gewalt. All diese Menschen haben derzeit kaum eine Chance auf Gerechtigkeit. Die ägyptische Polizei agiert jenseits des Gesetzes. Armeeingehörige kön-

nen nicht vor zivilen Gerichten angeklagt werden. Jedoch werden Zivilist\_innen von Militärgerichten verurteilt.

**EMPÖRENDE JUNGFRÄULICHKEITSTESTS.** Frauen waren an der Revolution an vorderster Linie beteiligt. Sie mussten für ihren Mut einen hohen Preis zahlen, erfuhren geschlechtsbedingte Schikanen wie Jungfräulichkeitstests. Es wurde ihnen mit Anzeigen wegen Prostitution gedroht. Soldaten wurden gefilmt, während sie auf Frauen einschlugen. Sie traten auf Frauen ein und schleiften sie an den Haaren durch die Straßen. Einige wurden festgenommen, wo sie ebenfalls Gewalt erlebten.

Die Armee hat sich zwar für die Übergriffe entschuldigt, möchte die gewalttätigen Vorfälle aber am liebsten unter den Teppich kehren.

**DEN ÖFFENTLICHEN RAUM ZURÜCKEROBERT.** Mohamed Mahmoud Straße in Kairo am 19. November 2011: Ägyptische Sicherheitskräfte schlagen mit bis dahin unbekannter Gewalt Proteste nieder. Sechs Tage lang kommt es zu Auseinandersetzungen, bei denen die Polizei mit scharfer Munition, Tränengas-Granaten und Schlagstöcken gegen Demonstrierende vorgeht. Dabei kommen 51 Menschen ums Leben, viele weitere Menschen werden verletzt.

Mohamed Mahmoud Straße ein Jahr später: Auf den Wänden und Mauern der Straße wird die Revolution mit Sprühdose und Farbe fortgeführt. Die ägyptische Street Art Szene dokumentiert und kommentiert dort bildgewaltig und auf vielfältige Weise das politische Geschehen. Es gibt großformatige Porträts von Opfern der Revolution als Märtyrer, Graffiti für die Solidarität mit Gefangenen, Wandmalereien, die den ägyptischen Militärrat als Fortsetzung des Mubarak-Regimes mit anderen Köpfen kritisieren, und Zeichnungen gegen die sexuelle Belästigung von Frauen. Der

**HELFFEN SIE MIT!**

SCHREIBEN SIE AN DEN  
ÄGYPTISCHEN INNENMINISTER  
UND VERLANGEN SIE AUFKLÄ-  
RUNG UND STRAFVERFOLGUNG  
FÜR DIE GEWALT DURCH  
ARMEE UND POLIZEI.

Amnesty Campaigner Nicholas Piachaud hat bei einem Besuch in Kairo Fotos von der revolutionären Straßenkunst gemacht (Anm.: Die Fotos auf diesen Seiten wurden größtenteils von Sara H., Mitglied des NW Frauenrechte, gemacht).

Die eindrucksvollen Bilder zeugen davon, wie sich die Ägypter den öffentlichen Raum zurückerobern. „Zwischen dem, was die Medien



berichteten, und dem, was die Menschen erlebten, gab es eine große Lücke“, berichtet Mohamed Fahmy, einer der Graffiti-Künstler. „Als echte Informationsquelle hatten die Menschen nur das Internet zu Verfügung. (...) Aber weil die Straßen ein öffentlicher Ort sind, macht es Sinn, auch sie als Ausdrucksmittel zu nutzen.“

Und die Künstler\_innen lassen sich nicht den Mund verbieten. „Die Graffitis wurden entfernt“, sagt Mohamed, ein anderer Sprayer. „Wir wissen, wer sie entfernt hat. Jemand, der Angst vor dem hat, was wir sagen, was das Volk sagt.“ Unter manchen Graffitis steht daher heute: „Ihr könnt es zwar entfernen, aber ich werde es wieder zeichnen.“

Die Bilder und Malereien zeigen auch, dass der Kampf der Ägypter für Freiheit und Menschenrechte noch nicht vorbei ist. So ist auch die Niederschlagung der Proteste durch die ägyptischen Sicherheitskräfte im November 2011 bis jetzt nicht aufgeklärt. Zwar wurden Richter ernannt, die die Vorfälle untersuchen sollen. Aber bis heute wurde kein Mitglied der Sicherheitskräfte verurteilt. Lediglich ein Offizier wurde für das Töten und Verletzen von



Demonstrant\_innen angeklagt. Ihm wird u.a. vorgeworfen, mit Schrotflinten direkt auf die Augen von Protestierenden gezielt zu haben. Sein Verfahren läuft noch.



## PRÄSIDENT MURSI MUSS DEN RECHTSSTAAT WIEDERHERSTELLEN

Tausende Ägypter\_innen gingen auf die Straße, um dagegen zu protestieren, dass Präsident Mohammed Mursi sich mittels von ihm erlassenen Dekreten fast uneingeschränkte Macht eingeräumt hat. Die Befugnisse, die er sich selbst zugestanden hat, treten den Rechtsstaat mit Füßen. Zusätzlich verfügte Präsident Mursi, dass seine Entscheidungen nicht angefochten werden können, bis nächstes Jahr ein neues Parlament gewählt wird. Amnesty International sieht darin einen Freifahrtschein für Menschenrechtsverletzungen.

Das neue Gesetz zum „Schutz der Revolution“ ermöglicht es, Menschen wegen regierungskritischer Äußerungen, der Organisation von Demonstrationen und Streiks oder „Rowdytums“ bis zu sechs Monate in Haft zu nehmen. Auf diese Art wird weder der Rechtsstaat wieder hergestellt noch Wahrheit und Gerechtigkeit für Opfer von Menschenrechtsverletzungen sichergestellt.

Um dem Rechtsstaat genüge zu tun, muss der Präsident in erster Linie sicherstellen, dass niemand über dem Gesetz steht – vor allem nicht er selbst. Amnesty International fordert Präsident Mursi daher auf, die Verfassungsänderung vom 22. November sowie das „Gesetz zum Schutz der Revolution“ umgehend zu widerrufen.

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

# UN-TRUPPEN MÜSSEN FRAUEN UND MÄDCHEN VOR SEXUELLER GEWALT SCHÜTZEN

**Morde an der Zivilbevölkerung, Vergewaltigungen, Misshandlungen - begangen von der Regierungsarmee und von bewaffneten Gruppierungen - lassen das Land nicht zur Ruhe kommen.**

IN DEN LAGERN WERDEN FRAUEN VON SICHERHEITSKRÄFTEN BELÄSTIGT UND BEDROHT.

© UNHCR / S. Schulman

Die Demokratische Republik Kongo ist seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten von Konflikten geschüttelt, was unermessliches Leid für tausende von Männern, Frauen und Kindern bedeutet.

Die Verbrechen gegen international geltendes Recht sind vielfältig. Außergerichtliche Tötungen, bewaffnete Vertreibungen, Folter, Vergewaltigungen und Gewalt an Frauen wurden in

Opfer von sexueller Gewalt, da sie gezwungen waren, ohne den Schutz ihrer Ehemänner und Väter zu fliehen.

## AUCH IN DEN FLÜCHTLINGSLAGERN KEINE SICHERHEIT.

Amnesty International traf diese Frauen in zahlreichen Flüchtlingslagern in Uganda und der DR Kongo. Weiter berichteten die geflohenen Frauen, sich auch im Lager nicht sicher fühlen zu können, da sie von den lokalen Sicherheitskräften gequält und belästigt werden. Verlassen Frauen das Lager auf der Suche nach Brennholz oder Nahrungsmitteln, werden sie erneut vergewaltigt.

1999 wurde die UNO erstmals im Kongo tätig. Im Juli 2010 verabschiedete der UN Sicherheitsrat die Resolution 1925, die das Mandat für den Kongo enthielt, u.a. alles Notwendige zu unternehmen, die Zivilbevölkerung, humanitäres Personal und Menschenrechtsverteidiger\_innen vor physischer Gewalt zu schützen und die Regierung in ihrer Bemühung um Stabilität und Fortschritt im Friedensprozess zu unterstützen. Wobei dem Schutz der Zivilbevölkerung höchste Priorität einzuräumen ist.

Obwohl es eine spürbare Präsenz der UNO Friedenstruppen (MONUSCO) im Land gibt, haben diese bei ihrer Aufgabe, Frauen und Mädchen in den Flüchtlingslagern vor sexueller Gewalt und Vergewaltigung zu beschützen, versagt.



hohem Maße von Mitgliedern der eigenen, aber auch fremder Armeen, von bewaffneten Gruppierungen und Militärs begangen. Insbesondere im Osten des Landes wurden vielen Morde an der Zivilbevölkerung, Folter und Gewalt gegen Frauen von der Regierungsarmee und anderen bewaffneten Gruppen gemeldet.

**TAUSENDE FLÜCHTETEN.** Seit im April 2012 erneut ein Konflikt zwischen der Regierungsarmee und der sog. Gruppe M23 (eine bewaffnete Splittergruppe) ausbrach, waren 226.000 Menschen gezwungen, ihre Heimat in der nördlichen Kivu Provinz zu verlassen. Etwa 60.000 flüchteten nach Uganda und Ruanda. Unzählige Frauen und Mädchen wurden dabei

### WERDEN SIE AKTIV.

Schreiben Sie an die fünf ständigen Vertreter des UN Sicherheitsrates (China, USA, Russland, Frankreich und Großbritannien) und fordern Sie diese auf, den Schutz der zivilen Bevölkerung zu gewährleisten, insbesondere den Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt in den Flüchtlingslagern.

*Musterbrief an die französische Vertretung hinten.*

*Weitere E-Mail-Adressen auf <http://frauenrechte.amnesty.at>*



## EUROPA

# HAT DIE EU DEN FRIEDENSNOBELPREIS VERDIENT?

**Amnesty International zieht eine gemischte Bilanz der Menschenrechtspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten.**

Die EU trägt zum Teil selbst zu Menschenrechtsverletzungen bei, etwa durch die EU-Flüchtlingspolitik. Außerdem bekämpft sie Menschenrechtsverletzungen oft nicht entschieden genug, etwa die Diskriminierung von Roma in EU-Staaten, urteilt Amnesty International.

Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, erhielt die EU den Friedensnobelpreis, unter anderem für ihren „erfolgreichen Kampf für Menschenrechte“.

Die EU muss den Friedensnobelpreis als Verpflichtung für die Zukunft verstehen. Denn bisher wird sie auf dem Gebiet der Menschenrechte ihren eigenen Ansprüchen oft nicht gerecht. Insbesondere ihre Asyl- und Flüchtlingspolitik ist eines Nobelpreisträgers nicht würdig.

Europa ist mit seiner Abschottungsstrategie für den Tod vieler Menschen mitverantwortlich, die beim Versuch einen EU-Staat zu erreichen, im Mittelmeer ertrinken.

**ZIELE NICHT AUS DEN AUGEN VERLIEREN.** Die EU hat sich wichtige menschenrechtliche Ziele gesteckt, die sie aber zu leicht aus den Augen verliert, meint Amnesty. Die Antirassismusrichtlinie der EU ist eine gute Grundlage für den Kampf um Gleichberechtigung von Minderheiten.

Trotzdem wird die Diskriminierung der Roma in vielen Mitgliedsstaaten nicht entschlossen genug bekämpft. Roma werden zum Beispiel in Tschechien, Ungarn und Rumänien, aber auch in Italien und Frankreich beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und zum Arbeitsmarkt diskriminiert. Auch in der Außenpolitik wirft Amnesty der EU mangelnde Konsequenz vor. Für die Außenpolitik hat die EU eine beeindruckende Menschenrechtsstrategie beschlossen. Die muss sie jetzt konsequent umsetzen. Bisher

geben die EU-Staaten ihre menschenrechtlichen Ziele allzu schnell auf, wenn Wirtschafts- oder Sicherheitsinteressen im Spiel sind.

Positiv hebt Amnesty die Unterstützung der



EU für ein internationales Abkommen zur Waffenkontrolle hervor. Ein solches Abkommen soll verhindern, dass Waffen an Staaten geliefert werden, die damit Menschenrechtsverletzungen begehen.

Leider haben auch EU-Staaten in der Vergangenheit Waffen geliefert, obwohl sie davon ausgehen mussten, dass diese etwa für das Niederschlagen von Protesten eingesetzt werden.

**FRIEDENSPROJEKT EUROPA.** Mit der Gründung der EU als dauerhaftes Friedensprojekt in Europa ist es gelungen, den Respekt für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten zu verankern.

Um die Errungenschaften der Europäischen Union, welche die Verleihung des Preises würdigt, zu schützen, ruft Amnesty die EU auf, sicherzustellen, dass die Verteidigung der Menschenrechte innerhalb und an ihren Grenzen zu einem zentralen Anliegen wird. Ein wesentlicher Beitrag dafür wäre es, umgehend einen starken Menschenrechts-Kontrollmechanismus einzurichten.

EUROPA IST MIT SEINER ABSCHOTTUNGSSTRATEGIE FÜR DEN TOD VIELER MENSCHEN MITVERANTWORTLICH, DIE BEIM VERSUCH EINEN EU-STAAAT ZU ERREICHEN, IM MITTELMEER ERTRINKEN.

© UNHCR

## IRAN MENSCHENRECHTSPREIS, ABER KEINE FREIHEIT FÜR NASRIN SOTOUDEH

**Nach fast 50 Tagen Hungerstreik lenkten die iranischen Behörden ein und hoben das Reiseverbot für die 13-jährige (!) Tochter der Menschenrechtsanwältin auf. Nasrin Sotoudehs Freilassung ist freilich immer noch nicht in Sicht.**



Die iranische Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh trat am Morgen des 17. Oktober in den Hungerstreik. Sie protestierte damit gegen die Ablehnung ihrer wiederholten Bitte, ihre Familie ohne Trennwand sehen zu können. Nach 49 Tagen und schwer gesundheitlich angeschlagen beendete die Anwältin ihren Hungerstreik, nachdem die Behörden das Reiseverbot für ihre 13-jährige Tochter aufgehoben hatten.

Nasrin Sotoudeh ist eine gewaltlose politische Gefangene und muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

**ALLE ERDENKLICHEN SCHIKANEN.** Die Behörden verweigerten der gewaltlosen politischen Gefangenen Nasrin Sotoudeh, die aufgrund ihrer Menschenrechtsarbeit derzeit eine sechsjährige Freiheitsstrafe im Evin-Gefängnis in Teheran verbüßt, das Recht, ihre 13-jährige Tochter und ihren fünfjährigen Sohn zu se-

hen. In den vergangenen drei Monaten durfte sie ihre Familie ausschließlich abgetrennt durch eine Glaswand empfangen. Diese Maßnahme trat in Kraft, nachdem die Behörden entdeckt hatten, dass sie ihre Verteidigung für die bevorstehende Anhörung auf ein Stück Taschentuch geschrieben hatte. Die Menschenrechtsanwältin darf auch seit einem Jahr keine Anrufe tätigen.

Die bereits durch frühere Hungerstreiks angegriffene Gesundheit von Nasrin Sotoudeh hatte sich durch den aktuellen Hungerstreik weiter verschlechtert. Am 22. Oktober wurde sie in den Krankentrakt des Evin-Gefängnisses verlegt. Dennoch hatte sie ihrer Familie mitgeteilt, dass sie den Hungerstreik erst beenden wird, wenn der Druck der Behörden auf ihre Angehörigen aufgehoben wird, besonders das Reiseverbot gegen ihre 13-jährige Tochter.

**DIE FAMILIE WIRD MIT BESTRAFT.** Im Juli wurden ihre Tochter und ihr Ehemann Reza Khandan über ein gegen sie verhängtes Reiseverbot in Kenntnis gesetzt. Dieses scheint im Zusammenhang mit einem gegen die beiden aufgenommenen Strafverfahren angeordnet worden zu sein. Reza Khandan wird schon länger von den Behörden schikaniert, so nahm man ihn z. B. im Januar 2011 fest und hielt ihn aufgrund seines Einsatzes für seine Frau eine Nacht lang im Evin-Gefängnis fest. Am 9. Januar 2011 verurteilte die Abteilung 26 des Revolutionsgerichts Nasrin Sotoudeh wegen „Propaganda gegen das System“ und „Handlungen gegen die nationale Sicherheit“ - z. B. Mitgliedschaft beim iranischen Menschenrechtszentrum Centre for Human Rights Defenders (CHRD) - zu elf Jahren Haft. Das CHRD wurde von der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi mitbegründet. Im Rechtsmittelverfahren setzte die Abteilung 54 des zuständigen Berufungsgerichts das

### HELFFEN SIE MIT.

APPELLIEREN SIE AN  
AYATOLLAH KHAMENEI UND  
FORDERN SIE DIE SOFORTIGE  
UND BEDINGUNGSLOSE  
FREILASSUNG VON  
NASRIN SOTOUDEH!

**MIT IHRER SPENDE  
UNTERSTÜTZEN SIE  
DIE MENSCHEN-  
RECHTSARBEIT DES  
AMNESTY-NETZWERKS  
FRAUENRECHTE.  
DANKE!**

Strafmaß gegen Nasrin Sotoudeh von elf auf sechs Jahre herab. Nasrin Sotoudeh bestreitet alle gegen sie erhobenen Vorwürfe, auch die Mitgliedschaft im CHRD. Über die Haftstrafe hinaus wurde ein 20-jähriges Berufs- und Ausreiseverbot gegen sie verhängt, das im Berufungsverfahren auf zehn Jahre verringert wurde. Sie soll zu einem Bußgeld verurteilt worden sein, weil sie in einer Videoaufnahme kein Kopftuch trug, dies nach den staatlichen Kleidungs Vorschriften für Frauen in der Öffentlichkeit aber zwingend vorgeschrieben ist.

Seit ihrer Festnahme am 4. September 2010 wird Nasrin Sotoudeh im Evin-Gefängnis festgehalten, darunter längere Zeit auch in Einzelhaft. Ihre Gesundheit ist aufgrund von drei Hungerstreiks angegriffen, die sie aus Protest gegen ihre Inhaftierung und die schlechten Haftbedingungen durchführte. Bei einem ihrer Hungerstreiks trat sie drei Tage lang in einen sogenannten „trockenen“ Hungerstreik, d. h. sie verweigerte auch die Aufnahme von Flüssigkeit.

**UNHALTBARE ANSCHULDIGUNGEN.** Die Familie von Nasrin Sotoudeh ist von den Behörden wiederholt unter Druck gesetzt worden, um ihr öffentliches Engagement für die Menschenrechtsanwältin zu unterbinden. Reza Khandan, den Ehemann von Nasrin Sotoudeh, hielten die Behörden über Nacht im Evin-Gefängnis fest, nachdem man ihn für den 16. Januar 2011 in das Büro des Teheraner Staatsanwalts bestellt hatte. Er wurde etwa zehn Minuten lang mit verbundenen Augen verhört und sollte zwei seiner Antworten schriftlich abgeben. Die Behörden teilten ihm mit, dass er beschuldigt werde, „Lügen zu veröffentlichen“ und „die öffentliche Meinung zu stören“. Der Grund für diese Vorwürfe war ein unveröffentlichter Brief, den er an die Staatsanwaltschaft geschrieben hatte, um sich über die Haftbedingungen seiner Ehefrau zu beschweren. Am 17. Januar 2011

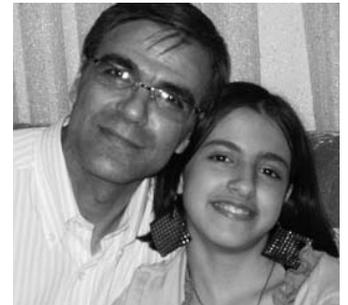
wurde er freigelassen, nachdem eine Bürgerschaft von 500 Mio. Iranischen Rial (umgerechnet etwa 36.000 €) für ihn hinterlegt worden war.

Seit dem Ausbruch der politischen Unruhen nach den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009 gehen die Behörden verschärft gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen und Aktivist\_innen vor. Unter den Betroffenen befinden sich auch Rechtsanwält\_innen.

**WEIBLICHE GEFANGENE PROTESTIEREN.** Außer Nasrin Sotoudeh traten in den letzten Wochen auch neun weitere inhaftierte Frauen in den Hungerstreik, um gegen die erniedrigende Behandlung im Gefängnis zu protestieren. Sie waren demütigenden Durchsuchungen ausgesetzt, und ihre persönlichen Gegenstände waren ihnen abgenommen worden. Unter ihnen sind die bekannten Frauenrechtsaktivistinnen und Journalistinnen Bahareh Hedayat, Zhila Bani Ya'ghoub, Shiva Nazar Ahari, Mahsa Amrabi, and Zhila Karazadeh-Makvandi, für die sich Amnesty immer wieder einsetzt.

**SACHAROW-PREIS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS.** Am 26. Oktober erhielt Nasrin Sotoudeh zusammen mit ihrem Landsmann und weltbekannten Filmregisseur Ja'far Panahi den Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments. Ja'far Panahi wurde aufgrund seiner friedlichen Kritik an der iranischen Regierung zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe verurteilt und darf im Iran keine Filme drehen.

Amnesty International gratulierte den beiden Ausgezeichneten, für die sich die Organisation schon seit längerem einsetzt und hofft, dass die öffentliche Aufmerksamkeit, die durch die Preisverleihung und die Würdigung des Engagements von Sotoudeh und Panahi entsteht, auch von den iranischen Behörden registriert wird und sich die Situation der beiden dadurch verbessern wird.



EHEMANN REZA KHANDAN UND TOCHTER MEHRAVEH KHANDAN WURDEN LAUFEND UNTER DRUCK GESETZT.

## INTERNATIONAL

## STÄNDIGER KAMPF UM SEXUELLE UND REPRODUKTIVE SELBSTBESTIMMUNG

In vielen Ländern wird Frauen sogar nach Vergewaltigung und bei Lebensgefahr ein sicherer und legaler Schwangerschaftsabbruch verwehrt.

**IRLAND.** In Irland wurde Ende Oktober die 31-jährige Savita Halappanavar mit einer beginnenden Fehlgeburt ins Krankenhaus eingeliefert. Dort weigerten sich Mediziner\_innen, eine Abtreibung des 17 Wochen alten Fötus vorzunehmen, weil dessen Herz noch schlug. Begründung: Irland sei ein katholisches Land. Erst nachdem Aussetzen der Herztöne wurde der Eingriff durchgeführt. In der Zwischenzeit hatte sich die Frau eine Blutvergiftung zugezogen, an der sie wenige Tage später starb.

Amnesty International schrieb an den irischen Gesundheitsminister James Reilly und forderte, die Landesgesetze in Einklang zu bringen mit internationalen Abkommen, die das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch enthalten, wenn Gefahr für das Leben der Frau besteht.

bruch enthalten, wenn Gefahr für das Leben der Frau besteht.

**ARGENTINIEN.** Der Oberste Gerichtshof in Argentinien hat einer 32-jährigen Frau einen legalen Schwangerschaftsabbruch gewährt, nachdem ihr dies zuerst durch einen Richterentscheid untersagt worden war. Die Frau war monatelang gegen ihren Willen in einem Bordell festgehalten und dort infolge einer Vergewaltigung schwanger geworden.

Am 11. Oktober machte der Oberste Gerichtshof die Entscheidung einer Richterin vom 9. Oktober rückgängig, welche der Frau einen legalen Abbruch in der Hauptstadt Buenos Aires verwehrt hatte. Das Urteil war die Folge einer Verfassungsbeschwerde (recurso de amparo) einer Organisation, die sich gegen Abtreibung einsetzt. Der Oberste Gerichtshof wies die Behörden in Buenos Aires an, den Schwangerschaftsabbruch als eine dringliche Angelegenheit zuzulassen. Der Eingriff ist inzwischen durchgeführt worden.

Der Oberste Gerichtshof appellierte außerdem an die Justizbehörden in Argentinien, seinem Urteil vom 13. März Folge zu leisten. Dieses legt eindeutig fest, dass Vergewaltigungsoffern auf deren Wunsch hin immer ein medizinisch sicherer Schwangerschaftsabbruch gewährt werden muss, und dass für die Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs keine richterliche Anordnung nötig ist.

Amnesty International begrüßt die jüngste Entscheidung, ist aber weiterhin in Sorge, dass dieser Fall als Beispiel dafür steht, dass sich Gerichte in Argentinien auch entgegen dem Urteil des Obersten Gerichtshofes in Abtreibungsfragen einmischen. Frauen, die infolge einer Vergewaltigung schwanger wurden, einen sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch zu verweigern, ist eine Verletzung von Menschenrechten und kommt Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleich.

**POLEN.** Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in einem Urteil in einem polnischen Abtreibungsfall „menschunwürdige Behandlung“ festgestellt. Er sprach einem Mädchen und dessen Mutter 45.000 Euro Schmerzensgeld für ihr seelisches Leid zu. Die damals 14-jährige hatte im Frühling 2008 nach einer Vergewaltigung die Genehmigung der Staatsanwaltschaft für einen Schwangerschaftsabbruch erhalten, jedoch nur unter größten Mühen und Schikanen eine Klinik für den Eingriff gefunden.

**DOMINIKANISCHE REPUBLIK.** Wegen der Befürchtung, eine Chemotherapie könne den elf Wochen alten Fötus schädigen, wurde eine 16-jährige Leukämiepatientin in der Dominikanischen Republik zu spät behandelt. Das junge Mädchen überlebte nicht. In der Dominikanischen Republik ist Schwangerschaftsabbruch illegal. Der Embryo ist seit 2009 in der Verfassung ab dem Zeitpunkt der Befruchtung geschützt.



PROTESTE IN IRLAND NACH DEM TRAGISCHEN TOD VON SAVITA HALAPPANAVAR

© PETER MUHLY/AFP/  
Getty Images

Señor Juan Manuel Santos  
Presidente de la República  
Palacio de Nariño  
Carrera 8 No.7-26  
Bogota  
Kolumbien

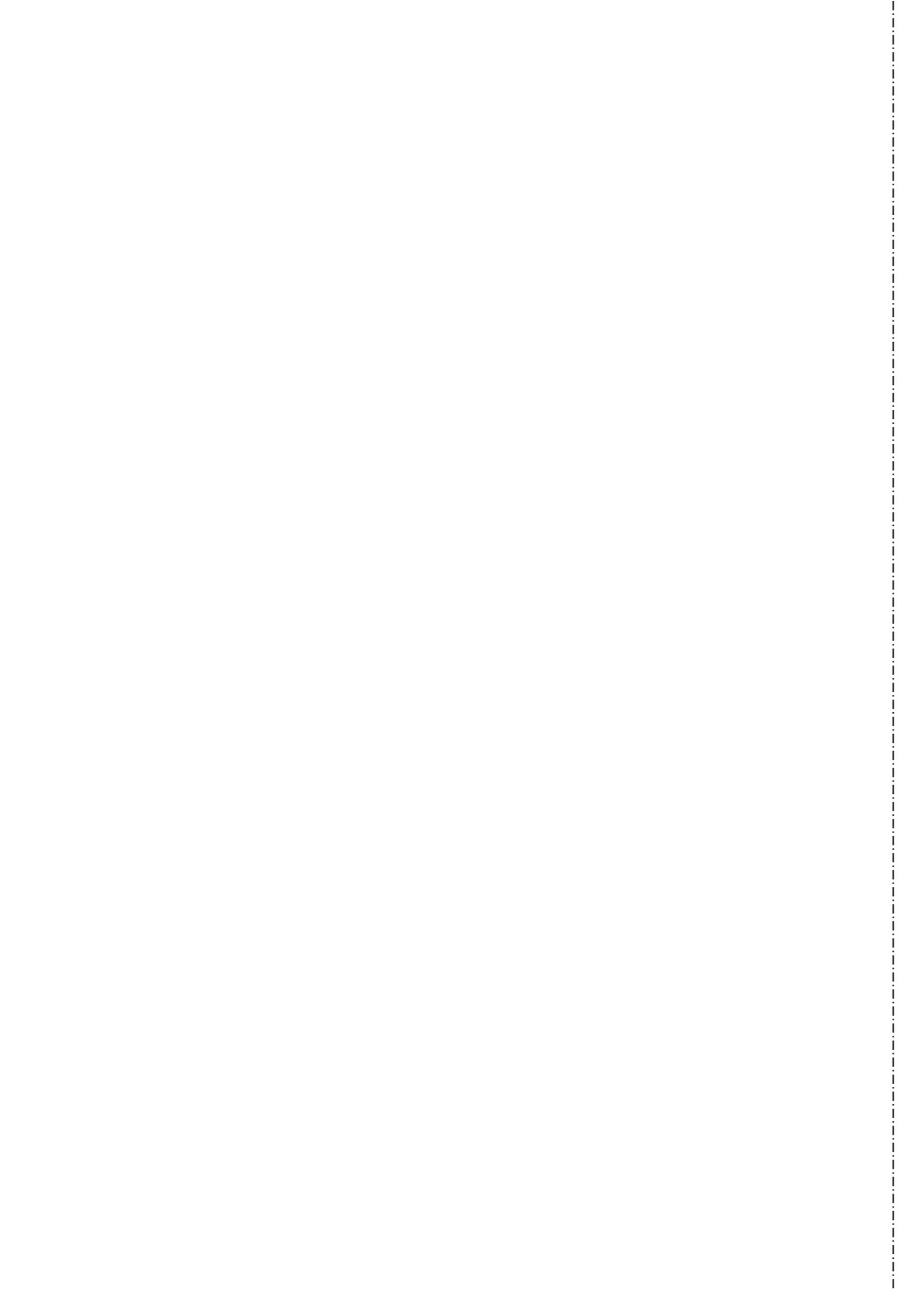
Sehr geehrter Herr Präsident!

In Kolumbien sind im bewaffneten Konflikt besonders Frauen und Mädchen geschlechts-spezifischer, konfliktbezogener sexueller Gewalt ausgesetzt. Die Täter, die aus allen Konfliktparteien stammen, kommen oft straflos davon. Der kolumbianische Staat ist nicht nur daran gescheitert, die Rechte der Opfer sexueller Gewalt auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung durchzusetzen, sondern verweigert vielen Überlebenden von Sexual-verbrechen bewusst ihre Rechte.

Deshalb fordere ich die Regierung Kolumbiens auf,

- geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen vollständig und unparteiisch zu untersuchen und die Verantwortlichen zu bestrafen und gegen diskriminierende Vorurteile gegenüber den Opfern sexueller Gewalt und deren Stigmatisierung vorzugehen.
- Maßnahmen zu ergreifen, die Zivilbevölkerung zu schützen, insbesondere Menschenrechtsverteidiger\_innen und Überlebende sexueller Gewalt.
- sicherzustellen, dass Überlebende sexueller Gewalt Zugang zu angemessener psychologischer und medizinischer Betreuung erhalten.
- sicherzustellen, dass sexuelle Gewalt als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt wird, um so auch die Straflosigkeit von Vorgesetzten der Täter zu beenden.
- die vollständige Umsetzung der Menschenrechtsempfehlungen der UN gegen Straflosigkeit sicherzustellen, paramilitärische Gruppen aufzulösen und die Verbindungen der Gruppen zu den staatlichen Sicherheitskräften zu zerschlagen.

Hochachtungsvoll,



His Excellency Ahmad Gamal El-Din  
Minister of Interior  
Ministry of Interior  
25 El Sheikh Rihan Street  
Cairo, Postal Code 11641  
Ägypten

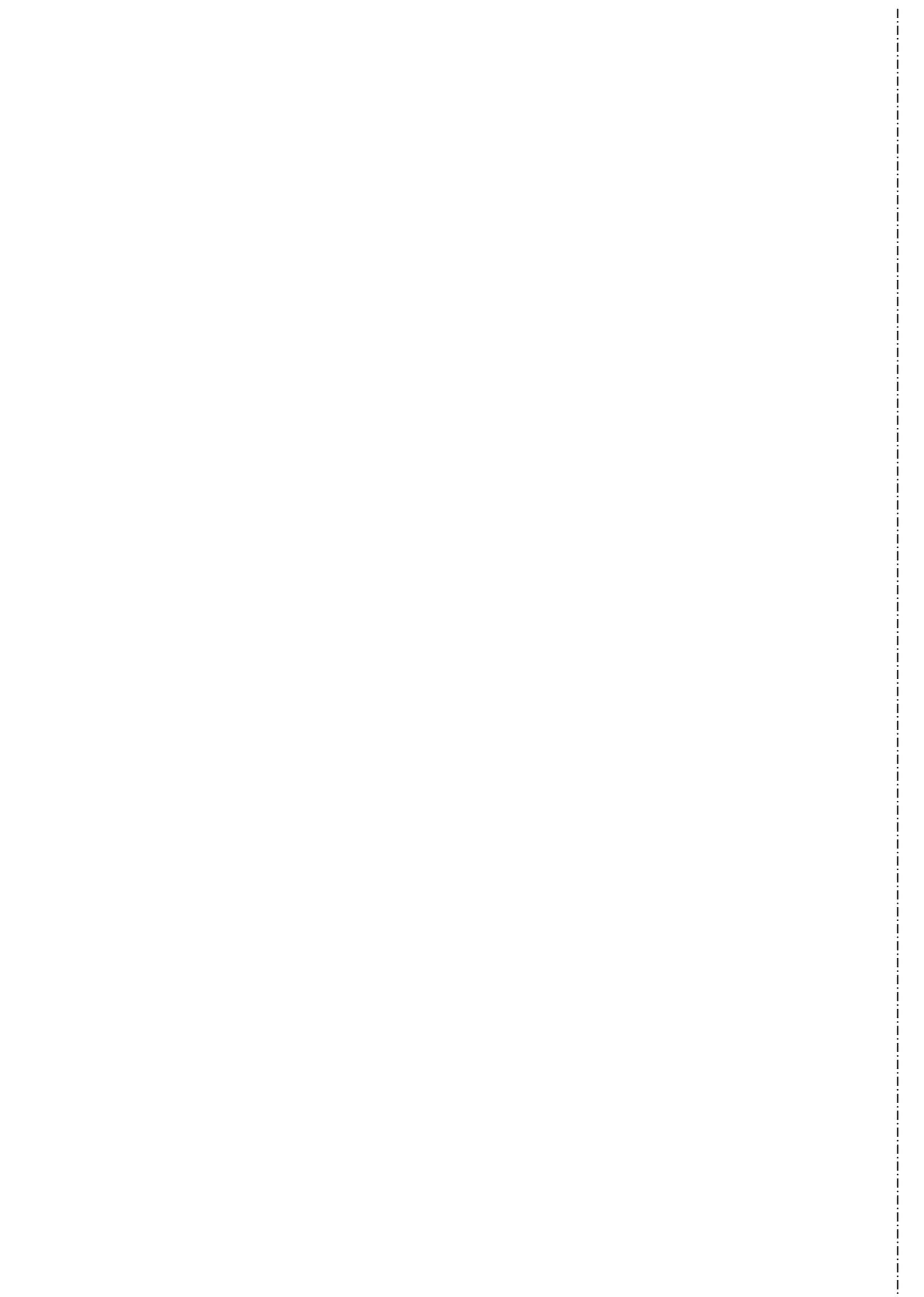
Your Excellency,

I call on you to ensure that police and other state agencies that exercise law enforcement functions adhere to international standards, by giving clear instructions that force may only be used when strictly necessary and only to the extent required for performance of their duty, and in particular by issuing a total prohibition on the use of sexual and gender-based violence.

I urge you to publicly condemn torture and ill-treatment, including sexual and gender-based violence; ensure that these practices cease; and make clear to all officers involved in arrest, detention and interrogation that torture and other ill-treatment will not be tolerated under any circumstances.

Please ensure that all allegations of sexual and gender-based violence, including assaults or harassment of men and women during detention, are investigated promptly, thoroughly and impartially, that officials responsible for such abuses are brought to justice, and that victims receive full reparations.

Respectfully,



Permanent Mission of France to the UN  
245 East, 47th Street - 44th floor  
New York, NY, 10017  
USA

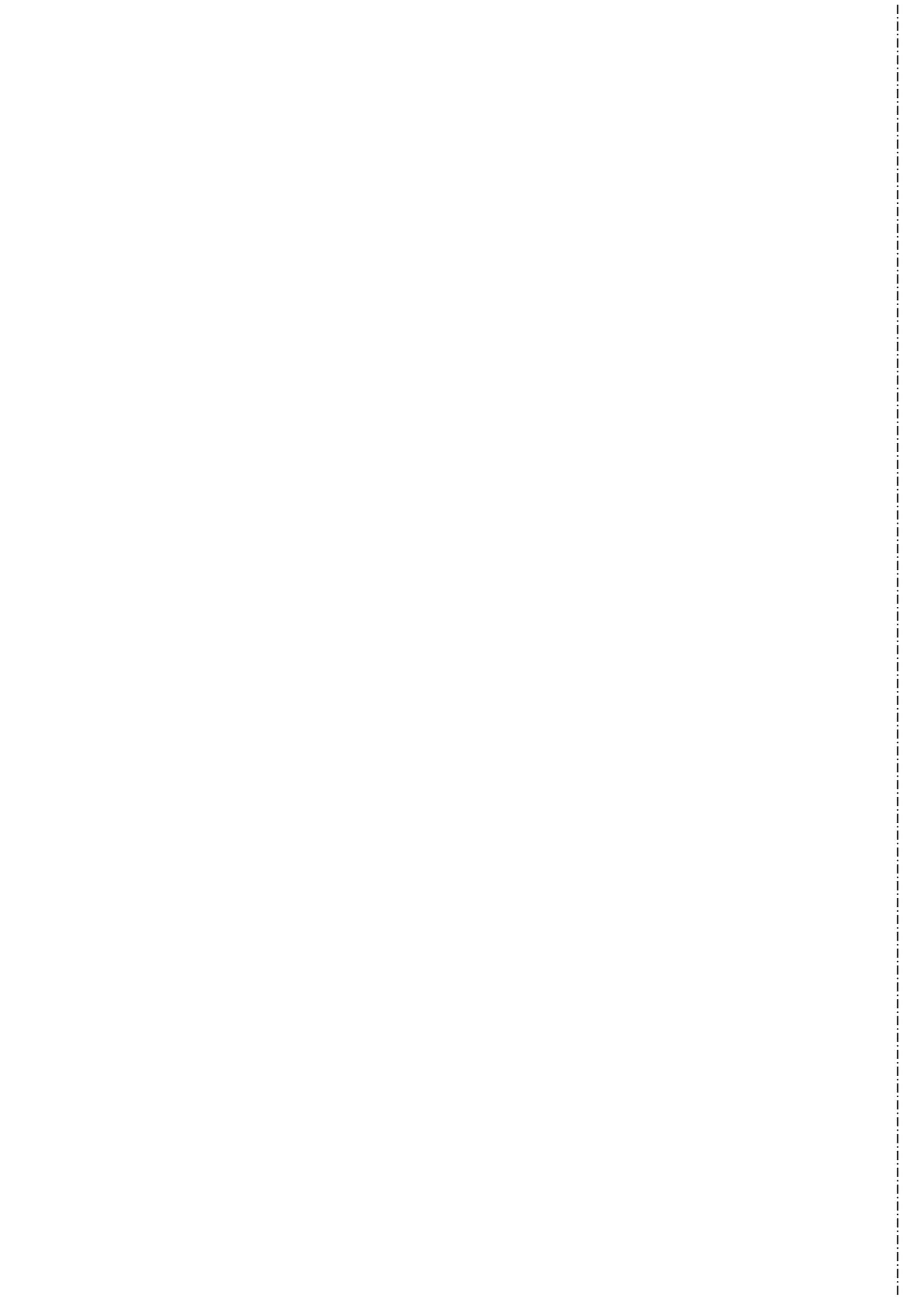
Dear Ambassador,

Amnesty International is deeply concerned that the human rights and humanitarian crisis in eastern Democratic Republic of Congo (DRC) has sharply worsened in recent months. Our organization is particularly concerned by the numerous acts of sexual violence committed against women and girls in the context of this deteriorating security situation. Amnesty International deplores the failure by the Congolese government and the international community to address the underlying causes of the current crisis, especially the widespread impunity for crimes under international law and the lack of professionalism and accountability of the security forces.

Therefore, I urge the Security Council to adopt the following measures:

- Ensure that the DRC government deploys properly trained and fully vetted professional security forces in areas where the civilian population face particular threat from armed groups, notably Masisi and Walikale territories of North Kivu province.
- Urgently review and reinforce MONUSCO's resources to ensure that troops are deployed, in coordination with the DRC authorities, in areas left without a security presence to ensure effective civilian protection.
- Assist the DRC government in ensuring that more effective action is taken to end sexual violence, including necessary legal reforms.
- Exert pressure on the DRC authorities and strengthen programmes to ensure that women and girls who have suffered sexual and gender based violence have full and equal access to justice, prompt and effective reparations, medical and psychological care, as well as legal and social services.
- Exert pressure on the DRC government to adopt measures, in coordination with MONUSCO, to ensure the support and protection of civilians in the IDP camps, in particular women and girls and others targeted for human rights violations.

Yours sincerely,



Ayatollah Sayed 'Ali Khamenei  
The Office of the Supreme Leader  
Islamic Republic Street –  
End of Shahid Keshvar Doust Street  
Tehran  
IRAN

Exzellenz,

ich habe mit großer Sorge erfahren, dass die Rechtsanwältin Nasrin Sotoudeh sich nach wie vor für sechs Jahre in Haft befindet.

Ich halte sie für eine gewaltlose politische Gefangene, die lediglich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit wahrgenommen hat und trotz massiver Einschüchterungsversuche weiterhin als Rechtsanwältin aktiv tätig war.

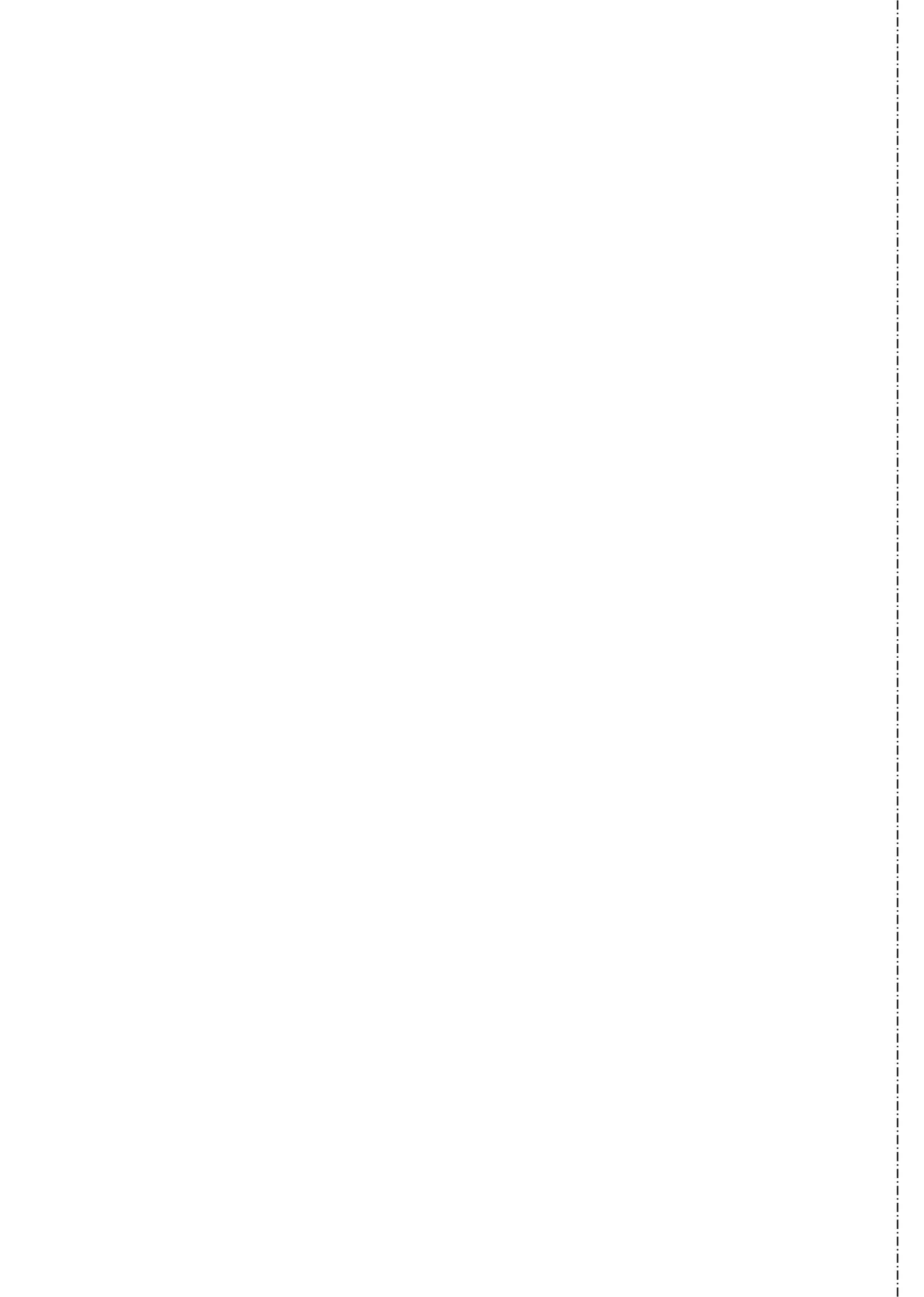
Nach den Grundprinzipien der Vereinten Nationen müssen Rechtsanwälte die Gelegenheit haben, ihre beruflichen Aufgaben ohne Bedrohung, Behinderung, Schikane oder unstatthafte Beeinflussungen wahrnehmen zu können. Außerdem steht ihnen genauso wie allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf freie Meinungsäußerung zu.

Deshalb fordere ich Sie auf, dafür Sorge zu tragen, dass Nasrin Sotoudeh umgehend und bedingungslos freigelassen wird, da sie eine gewaltlose politische Gefangene ist.

Ich ersuche Sie, sicherzustellen, dass sie bis zu ihrer Freilassung weder gefoltert noch in anderer Weise misshandelt wird und regelmäßigen Zugang zu ihrer Familie einschließlich ihres Ehemanns und zu ihrem Rechtsbeistand hat.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Schikanieren und Festnehmen von Angehörigen von Häftlingen, mit dem Ziel, sie von öffentlichen Aktionen abzuhalten, einer Vergeltungsmaßnahme gleichkommt und gegen den Pakt über bürgerliche und politische Rechte verstößt, dessen Vertragsstaat der Iran ist.

Hochachtungsvoll,



CÔTE D'IVOIRE

# AMNESTY INTERNATIONAL UND GREENPEACE VERÖFFENTLICHTEN GIFTMÜLLREPORT

## Der Rohstoffkonzern Trafigura muss für Giftmüll-Tragödie zur Verantwortung gezogen werden

Amnesty International und Greenpeace veröffentlichten Ende September bei einer Pressekonferenz in Dakar den gemeinsam erstellten Bericht „The Toxic Truth“. Der 234 Seiten umfassende Bericht ist das Resultat dreijähriger intensiver Recherchen zu einem Giftmüllskandal aus dem Jahre 2006 in der Elfenbeinküste, dessen Folgen mindestens 15 Personen das Leben kostete und mehr als 100.000 Menschen nachweislich gesundheitlich schädigte. Die tragische Kette von Fehlentscheidungen, die zur medizinischen, ökologischen und politischen Katastrophe führten, wurde dabei einer akribischen Überprüfung unterzogen. Der Bericht belegt im Detail, wie bestehende Gesetze missachtet wurden und wie mehrere Regierungen es versäumten, die Verfrachtung des Giftmülls zu stoppen.

Amnesty International und Greenpeace fordern gemeinsam die britische Regierung auf, Ermittlungen gegen den multinationalen Rohstoffkonzern Trafigura wegen der illegalen Entsorgung von Giftmüll in der Elfenbeinküste einzuleiten. Sechs Jahre nach der Tragödie muss der Konzern endlich zur Verantwortung gezogen werden.

„Bereits sechs Jahre sind seit dieser schrecklichen Tragödie vergangen. Es ist höchste Zeit, dass Trafigura endlich die volle rechtliche Verantwortung dafür übernehmen muss“, sagt Salil Shetty, Generalsekretär von Amnesty International. „Wir sind es den Menschen schuldig, die, wie hier in Abidjan, zu unschuldigen Opfern eines internationalen Konzerns werden, dem Profit ganz klar wichtiger ist als die Gesundheit tausender Menschen.“

Der Skandal ereignete sich im August 2006, als toxischer Abfall an Bord des Frachters Probo Koala an die Elfenbeinküste gebracht und dort von einer erst kürzlich zugelassenen, kleinen Entsorgungsfirma in der Nähe von Wohngebieten in Abidjan entsorgt wurde. Der Giftmüll entstand als Abfallprodukt einer Rohölreinigung, welcher von Trafigura, dem weltweit drittgrößten unabhängigen Ölhändler, durchge-



führt wurde. Obwohl die Folgen für die Menschen verheerend waren, konnte sich Trafigura bis heute der rechtlichen Verantwortung für die illegale Entsorgung des Giftmülls entziehen.

**KONZERN NÜTZTE ALLE MITTEL.** Gestützt auf die Aussagen von Betroffenen und Experten, wirft der Bericht von Amnesty International und Greenpeace ein neues Licht auf die Folgen für die Menschen in Abidjan und ihren anhaltenden Kampf für Gerechtigkeit.

„In den sechs Jahren, die seit der illegalen Giftmüllentsorgung in der Elfenbeinküste vergangen sind, hat Trafigura alle einem milliarden-schweren multinationalen Konzern zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft, um sich seiner Verantwortung zu entziehen“, sagt Kumi Naidoo, Direktor von Greenpeace International. „Die mehr als 100.000 geschädigten Menschen fordern, dass die Drahtzieher hinter diesem Desaster zur Verantwortung gezogen und alle Informationen offengelegt werden. Alle Staaten müssen aus diesem Fall lernen und sicherstellen, dass es keine Straffreiheit für Konzerne wie Trafigura geben kann.“ Amnesty International und Greenpeace haben mit diesem Bericht umfassende Empfehlungen für die Internationale Gemeinschaft erarbeitet, damit sich eine solche Tragödie in Zukunft nicht wiederholen kann.

DIE MÜLLDEPONIE VON AKOUÉDO, AUF DER DER GIFTMÜLL UNBEHANDELT ENTSORGT WURDE.

Das Amnesty-Netzwerk  
Frauenrechte dankt  
herzlich für Ihre  
Unterstützung und  
wünscht frohe Feiertage  
und alles Gute für 2013.



Ihre Unterschrift kann Menschenrechtsverletzungen verhindern.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**   
PSK 1.030.000, BLZ 60.000